

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 04 - Ministerium der Justiz

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung der Fachausschüsse

Der Rechtsausschuss befasste sich in seiner 21. Sitzung am 7. Oktober 2021 und abschließend in seiner 22. Sitzung am 4. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 04 und empfahl dessen Annahme in der Fassung seiner Beschlüsse.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 04 in seiner 39. Sitzung am 22. November 2021 und abschließend in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An den Beratungen nahmen u. a. die Ministerin der Justiz, die Ministerin der Finanzen und für Europa und der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Rechtsausschusses,
- 1 Änderungsantrag der Ausschussmitglieder aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (der im Rechtsausschuss nicht behandelt worden ist),
- 3 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder der AfD-Fraktion,
- 5 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE und
- 3 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Die Ministerin der Justiz führte zu den Eckpunkten des Einzelplanes 04 aus. Sie erläuterte die gesteigerten Einnahmen und führte zu den Mehrausgaben aus, unter anderem für Vorhaben zur Digitalisierung in der Justiz. Durch die zusätzlich ausgebrachten Planstellen und Stellen würden alle Justizbereiche auskömmlich ausgestattet sein.

Die Ausschussmitglieder hatten Gelegenheit für Rückfragen. Anschließend stellten die Vertreter der Fraktionen deren Änderungsanträge im Allgemeinen vor, mit Verweis auf die ausführliche inhaltliche Beratung im Rechtsausschuss und die vorliegenden Antragsbegründungen.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern der AfD-Fraktion zielten auf einen Stellenaufwuchs in der Staatsanwaltschaft, der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit.

Die von dem Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Änderungsanträge hatten unter anderem die verbesserte Ausstattung der Gerichte mit Videotechnik sowie zusätzliche Mittel für die Umsetzung des Resozialisierungsauftrages des Justizvollzugs zum Gegenstand.

Die Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion mit den höchsten zusätzlichen Ansätzen sahen Mehrausgaben für eine vermehrte Ausbildung von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sowie für Zuwendungen zum Projektfeld "Haftvermeidung durch soziale Integration" vor.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus den Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheit.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktion, der lediglich auf eine Änderung eines Verweises auf eine Haushaltsstelle in einer Erläuterung abzielte, wurde einstimmig angenommen.

Mit seinen Voten zu den einzelnen Änderungsanträgen bestätigte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Abstimmungen des mitberatenden Ausschusses, ergänzt um die Annahme des dem mitberatenden Ausschuss noch nicht vorliegenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommener Änderungsantrag
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Rechtsausschusses (ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),
Drucksache 7/4212**

Gesamtübersicht

Einzelplan 04

Ministerium der Justiz

Beträge in Euro			
	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	204.041.300	--	204.041.300
Gesamtausgaben	567.261.700	--	567.261.700
Verpflichtungs- ermächtigungen	7.722.800	--	7.722.800
Stellen	5.221	--	5.221

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	-------------------------------------------------------------------	---------------------------

04 050 **Justizvollzug und Sicherungsverwahrung**

(S. 80)

(S. 96) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
Ausnahme für Investitionen

684 10 **Zuwendungen zum Projektfeld "Haftvermeidung**
durch soziale Integration (HSI)"

(S. 97)

128.000

0

128.000

Erläuterungen (Änderung):

EU-Mittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 100 TGr. 70 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

...

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 04

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 04 – Ministerium der Justiz

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung RA	Abstimmung AHF
1	BVB / FREIE WÄHLER	04 020	684 10	30	Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen	+70.000 Änderung Erläuterungen	EP 04 S. 20 04 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	2/6/3	2/6/3
2	AfD	04 040	422 11	56	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+760.000	EP 04 S. 21 04 020, 359 11 Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	3/8/0	3/8/0
3	BVB / FREIE WÄHLER	04 040	422 20	58	Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)	+525.000 Änderung Erläuterungen	EP 04 S. 21 04 020, 359 11 Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	5/6/0	5/6/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung RA	Abstimmung AHF
4	DIE LINKE	04 040	812 60	73	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	+45.000 Änderung Erläuterungen	EP 04 S. 50 04 040, 112 20 Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	2/9/0	1/10/0
5	BVB / FREIE WÄHLER	04 050	684 10	97	Zuwendungen zum Projektfeld „Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)“	+172.000 Änderung Erläuterungen	EP 04 S. 20 04 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	1/9/1	1/9/1
6	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	04 050	684 10	97	Zuwendung zum Projektfeld „Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)“	Änderung Erläuterungen	--	--	7/0/4
7	DIE LINKE	04 050	684 20	99	Zuwendungen für Maßnahmen des Übergangsmanagement gemäß BbgJVollzG und BbgSVVollzG	+80.000	EP 04 S. 50 04 040, 112 20 Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	2/9/0	2/9/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung RA	Abstimmung AHF
8	DIE LINKE	04 050	684 50	99	Zuwendungen für Bildungsmaßnahmen im Justizvollzug mit pädagogischem Schwerpunkt	+100.000	EP 04 S. 50 04 040, 112 20 Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	2/9/0	2/9/0
9	AfD	04 090	422 10	142	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+760.000	EP 04 S. 21 04 020, 359 11 Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	3/8/0	3/8/0
10	DIE LINKE	04 110	422 10	167	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+73.700 Änderung Erläuterungen	EP 04 S. 21 04 020, 359 11 Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	4/6/1	4/6/1
11	AfD	04 120	422 10	176	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+760.000	EP 04 S. 21 04 020, 359 11 Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	3/8/0	3/8/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung RA	Abstimmung AHF
12	DIE LINKE	04 120	812 10	181	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	+100.000 Änderung Erläuterungen	EP 04 S. 50 04 040, 112 20 Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	2/9/0	2/9/0
	Gesamtabstimmung Einzelplan 04							6/4/1	6/5/0

Angenommener Änderungsantrag

zum

Einzelplan 04

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 04 – Ministerium der Justiz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: siehe Anlage	Kapitel:	Titel:
Zweckbestimmung:	Zweckbestimmung	

Stichwort: Ermächtigung der Landtagsverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem MdFE Korrekturen entsprechend der beiliegenden Übersicht durchzuführen.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Landtagsverwaltung wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem MdFE die sich aus den Beschlüssen des Ausschusses ergebenden inhaltlichen und zahlenmäßigen Änderungen zu erfassen und in die Beschlussempfehlungen zum Text des Haushaltsgesetzentwurfes 2022 und zu den Einzelplänen einzuarbeiten sowie offensichtliche Unrichtigkeiten zu beseitigen.

Darüber hinaus wird die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit dem MdFE ermächtigt, die in der Anlage enthaltenen Unrichtigkeiten zu korrigieren.

Epl	Kapitel & Titel / Vorwort / Anlagen	Seite	Zweckbestimmung	Stichwort	bisherige Formulierung	Formulierung neu	Begründung
04	04 050 / 684 10	97	Zuwendungen zum Projektfeld "Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)"	fehlerhafter Kapitel- und TGr.-Verweis auf ESF-Mittel 2014 bis 2020 im Epl. 08	EU-Mittel Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 060 TGr. 78 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.	EU-Mittel Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel <u>08 100</u> TGr. <u>70</u> veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.	Richtigstellung des Kapitel- /TGr.-verweises

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 04

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

04 Ministerium der Justiz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 30	Kapitel: 0 4 0 2 0	Titel: 6 8 4 1 0
Zweckbestimmung: Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen		

Stichwort: Förderung von ehrenamtlichen Betreuungsmaßnahmen

Ansatz im Entwurf 2022	130.000 €
Änderung (+/-):	+ 70.000 €
Ansatz neu:	200.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
21	04 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	70.000 €
insgesamt:				70.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Ausgaben zur Förderung u. a. von Maßnahmen zur Unterstützung für das ehrenamtliche Engagement bei der Betreuung von Straffälligen, Jugendlichen, Haftentlassenen und Nichtsesshaften. Psychologische und soziale Nachbetreuung, Schuldner- und Insolvenzberatung (Projektförderungen).

Weniger aufgrund der Verstärkung der Opferberatung bei Kapitel 04 080 Titel 684 20.

Begründung:

In den Haushaltsjahren 2019 und 2020 wurden für Beratungsleistungen gemeinnütziger Einrichtungen Mittel in Höhe von 200.000 EUR zur Verfügung gestellt und Leistungen auch in dieser Höhe erbracht.

Es ist daher unerlässlich, mindestens in Höhe des Vorjahresansatzes Mittel zur Verfügung zu stellen, um den offensichtlichen Bedarf an Beratungsleistungen auch abdecken zu können, zumal es sich hier um ehrenamtliche Tätige handelt, deren Arbeit auch durch eine adäquate Finanzausstattung anzuerkennen und wertzuschätzen ist.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 04 – Ministerium der Justiz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 56	Kapitel: 0 4 0 4 0	Titel: 4 2 2 1 1
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Neue Stellen für Staatsanwälte

Ansatz im Entwurf 2022	31.545.900 €
Änderung (+/-):	+760.000 €
Ansatz neu:	32.305.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
------------------------------------------------------------	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
21	04 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	760.000 €
				€
insgesamt:				760.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Wir wollen die Zahl der Staatsanwälte weiter erhöhen. Die Personalbedarfssituation in den Staatsanwaltschaften in Brandenburg ist durch die erhebliche Anzahl von Ermittlungsverfahren signifikant gestiegen. Trotz des bereits vorgenommenen geringen Stellenaufwuchses ist mit der bereits gering erhöhten Personalausstattung eine zeitnahe Bearbeitung der aufgelaufenen Altverfahren sowie neu dazukommenden Ermittlungsverfahren nicht zu bewältigen. Durch die Summe von 760.000 € können mindestens 12 weitere Staatsanwaltsstellen geschaffen werden.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

04 Ministerium der Justiz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 58	Kapitel: 0 4 0 4 0	Titel: 4 2 2 2 0
Zweckbestimmung: Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)		

Stichwort: Rechtspfleger**Ansatz im Entwurf 2022**

2.478.100 €

Änderung (+/-):

+ 525.000 €

Ansatz neu:

3.003.100 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
21	04 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	525.000 €
insgesamt:				525.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

	2022 EUR
1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>3.003.100</u>
2. Aufwandsentschädigung	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	<u>3.003.100</u>

Stellenübersicht:

Amtsbezeichnung	BesGr	Lfb.	2021	2022
Rechtspflegeranwärterin, Rechtspflegeranwärter	A9	gD	85,00	<u>100,00</u>
Gerichtsvollzieheranwärterin/Gerichtsvollzieheranwärter	A8	mD	16,00	16,00
Justizsekretäranwärterin, Justizsekretäranwärter	A6	mD	45,00	45,00
Zusammen:			146,00	<u>161,00</u>

Begründung:

Rechtspfleger leisten in den Amtsgerichten für die Bürgerinnen und Bürger wertvolle Dienste. Sie entlasten die Gerichte in den wesentlichen Bereichen und tragen dadurch zu kurzen Bearbeitungszeiten und schnellen Verfahrensabläufen bei. Aus diesem Grund sind die kontinuierliche und vermehrte Ausbildung und die Übernahme von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern in den Justizdienst unerlässlich.

Auf der Zukunftskonferenz „Gemeinsam für eine zukunftsfähige, leistungsstarke und bürgernahe Justiz“ wurden die Schwierigkeiten der öffentlichen Verwaltung aufgrund der bereits bestehenden ungünstigen Altersstruktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diskutiert. Hierbei wurden insbesondere die Rechtspflegerstellen als hervorragende Alternative zur Bewältigung der Herausforderungen im Justizwesen diskutiert. Die Anregungen der Zukunftskonferenz müssen Eingang in die Personalplanung und den Haushalt Brandenburgs finden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 04

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 73	Kapitel: 0 4 0 4 0	Titel: 8 1 2 6 0
Zweckbestimmung: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland		

Stichwort: Verbesserung der Ausstattung der ordentlichen Gerichte mit Videotechnik

Ansatz im Entwurf 2022	905.000 €
Änderung (+/-):	+ 45.000 €
Ansatz neu:	<u>950.000 €</u>

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 04				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
50	04 040	112 20	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	45.000 €
insgesamt:				45.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)	
	2022 EUR
1. Neubeschaffungen	
1.1 Sicherheitsausstattungen (Funktechnik, Videoüberwachung)	9.000
1.2 Kleinbeschaffungen (Aktentransportwagen, Flachbildschirmhalter)	11.000
1.3 Videotechnik	45.000
<i>Summe zu 1.</i>	<u>65.000</u>
2. Ersatzbeschaffungen	
2.1 Sicherheitsausstattungen (Funktechnik, Videoüberwachung, Gepäckröntgengeräte, Detektorrahmen)	210.000
2.2 Tresore, Waffen- und Testamentschränke	10.000
2.3 Regalanlagen und Regale	35.000
2.4 Ausstattungsgegenstände (Saalausstattung, Büromöbel, Stühle, Tische, Diktiertechnik, Luftreinigungsgeräte)	455.000
2.5 Ausstattung von Eingangsbereichen, Wachtmeistereien, Bibliotheken, Schulungs- und Funktionsräumen	42.000
2.6 Ausstattung von Archiven, Warte- und Aufenthaltsbereichen, Cafeterien	27.000
2.7 Kleinbeschaffungen (Aktentransportwagen, Flachbildschirmhalter, Transportkisten, Personenführungsanlagen, Soundanlagen)	106.000
<i>Summe zu 2.</i>	<u>885.000</u>
Zusammen	<u>950.000</u>
Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.	

Begründung:

Seit mehreren Jahren besteht die Möglichkeit, dass Teile von Verhandlungen, bspw. Zeugenvernehmungen in Bild und Ton an einen anderen Ort übertragen werden, während sich Beistände und Beteiligte im Sitzungssaal aufhalten. Davon kann im Land Brandenburg derzeit nur beschränkt Gebrauch gemacht werden, weil es an entsprechender Ausstattung der Gerichte fehlt. So müssen sich mehrere Gerichte bspw. eine Videoanlage teilen. Deshalb sollen mehr solche Anlagen beschafft werden, um bspw. die Zeugenbefragung von Minderjährigen besser zu ermöglichen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

04 Ministerium der Justiz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 97	Kapitel: 0 4 0 5 0	Titel: 6 8 4 1 0
Zweckbestimmung: Zuwendungen zum Projektfeld "Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)"		

Stichwort: Projektförderung HSI

Ansatz im Entwurf 2022	128.000 €
Änderung (+/-):	+ 172.000 €
Ansatz neu:	300.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:** €**Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:** €**Ansatz neu mit Fälligkeiten:** €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
20	04 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	172.000 €
insgesamt:				172.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 060 TGr. 78 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Das Projekt Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI) wurde im Jahr 2002 initiiert. Im Rahmen eines Netzwerkes bündeln Träger der freien Straffälligenhilfe ihre Aktivitäten in drei Arbeitsfeldern. Die Zielgruppen von HSI sind straffällige Menschen, die sich in Haft befinden und deren Haftentlassung ansteht, Geldstrafenschuldner, die nicht in der Lage sind, ihre Geldstrafe zu tilgen und Gelegenheit erhalten, die drohende Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit abzuwenden und kriminell gefährdete Jugendliche und Heranwachsende, die im Rahmen von sozialer Gruppenarbeit und Einzelfallhilfe frühzeitig mit ihrer Tat und ihren Folgen konfrontiert werden. Die Realisierung des HSI-Projekts erfolgt mit Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (80 vH ESF-Mittel, 20 vH Landesmittel).

Die in 2020 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung wurde in 2022 nur in Höhe von ca. 90.000 EUR und in 2023 nicht in Anspruch genommen.

Weniger aufgrund der Beendigung der Projekte für die Förderperiode 2014 – 2020.

Begründung:

Das Projekt „Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)“ gibt es seit 2002. Aufgabe des Projektes ist es, straffällige Menschen, die sich in Haft befinden und deren Haftentlassung ansteht, Geldstrafenschuldner, die nicht in der Lage sind, ihre Geldstrafe zu tilgen und Gelegenheit erhalten, die drohende Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit abzuwenden und kriminell gefährdete Jugendliche und Heranwachsende zu unterstützen. Ihnen soll die Gelegenheit gegeben werden, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren, indem sie frühzeitig mit ihrer Tat und ihren Folgen konfrontiert werden, ihnen aber auch Wege in ein geregeltes Leben aufgezeigt werden.

Allein die Tatsache, dass die EU-Förderperiode ausläuft, darf nicht dazu führen, die Aktivitäten zu reduzieren. Auch wenn es ein Projekt „HSI 4.0“ gibt, muss das bestehende „HSI“ fortgeführt werden, denn die Strategie hinter „HSI 4.0“ ist eine andere, wenngleich ebenso wichtige.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 04**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 99	Kapitel: 0 4 0 5 0	Titel: 6 8 4 2 0
Zweckbestimmung: Zuwendungen für Maßnahmen des Übergangsmanagements gemäß BbgJVollzG und BbgSVVollzG		

Stichwort: Erhöhung der Mittel für das Übergangsmanagement

Ansatz im Entwurf 2022	145.00 €
Änderung (+/-):	+ 80.000 €
Ansatz neu:	225.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 04				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
50	04 040	112 20	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	80.000 €
				€
insgesamt:				80.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Umsetzung des Resozialisierungsauftrages des Justizvollzugs muss in einem sorgfältigen Übergangsmanagement münden. Kürzungen in diesem Bereich sind hohen Risiken verbunden, der Ansatz soll deshalb gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht und nicht gekürzt werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 04

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 99	Kapitel: 0 4 0 5 0	Titel: 6 8 4 5 0
Zweckbestimmung: Zuwendungen für Behandlungsmaßnahmen im Justizvollzug mit pädagogischem Schwerpunkt		

Stichwort: Erhöhung der Mittel für pädagogische Maßnahmen

Ansatz im Entwurf 2022	166.000 €
Änderung (+/-):	+ 100.000 €
Ansatz neu:	266.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 04				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
50	04 040	112 20	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	100.000 €
insgesamt:				100.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Umsetzung des Resozialisierungsauftrages des Justizvollzugs muss insbesondere gerade durch pädagogische Maßnahmen weiter gefördert werden. Zudem ist festzustellen das der betroffene Personenkreis besonders pädagogischer Maßnahmen bedarf. Der Ansatz soll deshalb erhöht und nicht gekürzt werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 04 – Ministerium der Justiz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 142	Kapitel: 0 4 0 9 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Neue Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Ansatz im Entwurf 2022	9.914.000 €
Änderung (+/-):	+760.000 €
Ansatz neu:	10.674.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
------------------------------------------------------------	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
21	04 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	760.000 €
				€
insgesamt:				760.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Wir wollen die Zahl der Richterstellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit weiter erhöhen. Die Personalbedarfssituation an den Verwaltungsgerichten in Brandenburg ist nicht zuletzt durch die erhebliche Anzahl von Asylverfahren deutlich gestiegen. Trotz des bereits vorgenommenen Stellenaufwuchses ist der Aktenbestand von aufgelaufenen Altverfahren nicht zu bewältigen. Durch die Summe von 760.000 € können mindestens 12 weitere Richterstellen geschaffen werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 04**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 167	Kapitel: 0 4 1 1 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Erhöhung der Richterstellen bei den Arbeitsgerichten

Ansatz im Entwurf 2022	3.541.100 €
Änderung (+/-):	+ 73.700 €
Ansatz neu:	3.614.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 04				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
21	04 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	73.700 €
				€
insgesamt:				73.700 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)				
				2022
				EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen				<u>3.614.800</u>
2. Aufwandsentschädigung				0
3. Sonstige Leistungen				0
Summe				<u>3.614.800</u>
Stellenplan:				
Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
Direktorin, Direktor des Arbeitsgerichts	R2	hD	6,00	6,00 1)
Richterin, Richter am Arbeitsgericht als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors (an einem Arbeitsgericht)	R2	hD	3,00	3,00
Richterin, Richter am Arbeitsgericht	R1	hD	16,00	<u>15,00</u>
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	A12	gD	1,00	1,00
Regierungsamtsfrau, Regierungsamtmann	A11	gD	5,00	5,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	5,00	5,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	A 9	mD	0,00	1,00
Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	A 8	mD	3,00	2,00
Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär	A 7	mD	1,00	1,00
Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A 6	mD	2,00	0,00
Zusammen:			42,00	<u>39,00</u>
Leerstellen:				
Richterin, Richter am Arbeitsgericht	R1	hD	1,00	1,00
Zusammen:			1,00	1,00
Fußnoten:				
1) 3 (3) Planstellen mit Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur BesGr. R 2 hD der BbgBesO.				

Begründung:

Die Zahl der Richterinnen und Richter bei den Arbeitsgerichten nimmt seit Jahren aufgrund von Altersabgängen ab, in gleichem Maße werden die Stellen gestrichen. Gleichzeitig erhöht sich der Altersdurchschnitt in der Arbeitsgerichtsbarkeit immer weiter. Es muss ein Wissensübergang gesichert werden, so dass erst einmal eine zusätzliche Planstelle geschaffen werden soll, um diesen Altersübergang zu sichern und auf steigende Verfahrenszahlen reagieren zu können.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 04 – Ministerium der Justiz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 176	Kapitel: 0 4 1 2 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Neue Richter in der Sozialgerichtsbarkeit

Ansatz im Entwurf 2022	7.359.200 €
Änderung (+/-):	+760.000 €
Ansatz neu:	8.119.200 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
-----------------------------------------------------	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
21	04 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	760.000 €
				€
insgesamt:				760.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Wir wollen die Zahl der Richterstellen in der Sozialgerichtsbarkeit weiter erhöhen. Die Personalbedarfssituation an den Sozialgerichten in Brandenburg ist nicht zuletzt durch die erhebliche Anzahl von Hartz-IV-Verfahren erheblich gestiegen. Es ist kein ausreichender Stellenaufwuchs zu verzeichnen, trotz der nicht zufriedenstellenden Personalsituation. Durch die Summe von 760.000 € können mindestens 12 weitere Richterstellen geschaffen werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 04

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 181	Kapitel: 0 4 1 2 0	Titel: 8 1 2 1 0
Zweckbestimmung: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland		

Stichwort: Ausstattung der Sitzungssäle an den Sozialgerichten mit Videotechnik

Ansatz im Entwurf 2022	67.500 €
Änderung (+/-):	+ 100.000 €
Ansatz neu:	167.500 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 04				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
50	04 040	112 20	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte	100.000 €
				€
insgesamt:				100.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)		2022 EUR
1. Erstbeschaffung		
1.1 Erweiterung des Regalsystems des Archivs beim Sozialgericht Cottbus		30.000
1.2 Beschaffung von Videotechnik für Sitzungssäle bei den Sozialgerichten		<u>100.000</u>
Summe zu 1.		<u>130.000</u>
2. Ersatzbeschaffung		
2.1 Ersatzbeschaffung von Mobiliar		37.500
Summe zu 2.		<u>37.500</u>
Zusammen		<u>167.500</u>
Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.		
<u>Mehr wegen Erfüllung einer gesetzlichen Möglichkeit.</u>		
Begründung:		
Seit mehreren Jahren besteht nach § 110a SGG die Möglichkeit, dass die Verhandlung in Bild und Ton an einen anderen Ort und in das Sitzungszimmer übertragen wird, während sich Bevollmächtigte, Beistände, Zeugen oder Sachverständige an einem anderen Ort aufhalten. Davon kann im Land Brandenburg derzeit kein wirklicher Gebrauch gemacht werden, weil es an entsprechender Ausstattung der Sitzungssäle fehlt. Deshalb soll begonnen werden, die Sitzungssäle an den Sozialgerichten mit entsprechender Videotechnik auszustatten.		

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Rechtsausschusses

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/4212

Einzelplan 04 – Ministerium der Justiz

in Verbindung damit:

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 7/4213

und

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 7/4214

Berichterstatteerin: Abgeordnete Tina Fischer (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag

1. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksache 7/4212) - Einzelplan 04 - in unveränderter Fassung empfehlen;
2. empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) zur Kenntnis zu nehmen;
3. empfehlen, die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht

A. Allgemeines

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022, der Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 sowie die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung wurden vom Landtag in dessen 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen - federführend - und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Der Rechtsausschuss befasste sich mit den oben genannten Beratungsgegenständen in seiner 21. Sitzung am 7. Oktober 2021 sowie abschließend in seiner 22. Sitzung am 4. November 2021.

B. Beratung

In der 21. Sitzung am 7. Oktober 2021 stellte das Ministerium der Justiz den Mitgliedern des Rechtsausschusses den Entwurf des Einzelplans 04 für das Haushaltsjahr 2022 in seinen Grundzügen vor. Durch gezielte Nachfragen verschafften sich die Mitglieder des Rechtsausschusses einen Überblick über die Finanzsituation und die Ausgabenschwerpunkte sowie die damit zusammenhängenden politischen Zielsetzungen und brachten dadurch ihrerseits Schwerpunktsetzungen zum Ausdruck. Zur weiteren Vorbereitung der abschließenden Beratung im Rechtsausschuss reichte das Ministerium der Justiz nochmals ergänzende Informationen zu aufgeworfenen Fragestellungen schriftlich nach.

Zur abschließenden Beratung lagen dem Rechtsausschuss in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs lediglich Änderungsanträge der Oppositionsfractionen, und zwar konkret

- fünf Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE,
- drei Änderungsanträge der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER und
- drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion

vor.

Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zielten auf folgende Änderungen ab:

- Verbesserung der Ausstattung der ordentlichen Gerichte und der Sozialgerichte mit Videotechnik (2 Anträge)
- Erhöhung der Mittel für das Übergangsmanagement im Justizvollzug
- Erhöhung der Mittel für pädagogische Maßnahmen im Justizvollzug
- Stellenaufwuchs um eine R1-Stelle für Richterinnen und Richter bei den Arbeitsgerichten

Die Änderungsanträge der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER waren auf folgende Änderungen gerichtet:

- Förderung von ehrenamtlichen Betreuungsmaßnahmen
- Stellenaufwuchs um fünfzehn Stellen für Rechtspflegeranwärterinnen und –anwärter
- Erhöhung der Mittel zur Fortführung der Projektförderung „Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)“ nach Auslaufen der EU-Förderperiode

Letztendlich begehrte die AfD-Fraktion mit ihren Änderungsanträgen die nachfolgenden Änderungen:

- Stellenaufwuchs um zwölf Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
- Stellenaufwuchs um zwölf Stellen für Richterinnen und Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Stellenaufwuchs um zwölf Stellen für Richterinnen und Richter in der Sozialgerichtsbarkeit

In der abschließenden Beratung stellten die einbringenden Oppositionsfractionen ihre Änderungsanträge nochmals vor und warben jeweils für deren Annahme, wohingegen die Koalitionsfractionen jeweils für deren Ablehnung argumentierten. Im Ergebnis konnte sich kein Änderungsantrag durchsetzen. Anmerkend stellte Abgeordneter Vida (BVB / FREIE WÄHLER) zu seinem auf die Förderung von ehrenamtlichen Betreuungsmaßnahmen gerichteten Antrag klar, dass im Falle einer Annahme die Seitenzahl der Deckungsquelle redaktionell angepasst werden müsste.

Im Rahmen der Abstimmung über die Änderungsanträge wurden sämtliche Änderungsanträge mehrheitlich abgelehnt (siehe im Einzelnen Anlage 1).

Sodann beschlossen die Mitglieder des Rechtsausschusses mehrheitlich (6 : 4 : 1), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Annahme des Einzelplans 04 in unveränderter Fassung zu empfehlen.

Darüber hinaus beschloss der Ausschuss mehrheitlich (6 : 5 : 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Kenntnisnahme des Finanzplans 2021 bis 2025 zu empfehlen.

Letztendlich beschloss der Rechtsausschuss mehrheitlich (6 : 5 : 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Kenntnisnahme der Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifenden Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung zu empfehlen.



Tina Fischer
Berichterstatteerin und Vorsitzende
des Rechtsausschusses

Anlagen

1. Übersicht der Änderungsanträge und Abstimmungsergebnisse
2. Änderungsanträge zum Einzelplan 04